

Entschließungsantrag des Vorstands an die MV des Vereins am 29.3.2017

Die Mitgliederversammlung des Vereins *Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V.* vom 29. März 2017 ist befremdet über die Art und Weise, wie gegenwärtig in Teilen der Öffentlichkeit die Arbeit und das Engagement von vielen Menschen und Initiativen, die sich seit Jahren mit dem komplexen Thema der Bearbeitung der Zeit des Nationalsozialismus in einem Dokumentations- und Lernzentrum in Hannover befassen, behandelt wird.

Ohne Zweifel verlangt eine Entscheidung über den Ort und die Konzeption solch einer Stätte des aktiven Erinnerns und Lernens eine breite bürgerschaftliche Debatte unter Einschluss der politischen Entscheidungs- und Arbeitsgremien der Landeshauptstadt Hannover. Diese wird seit Jahrzehnten geführt. Sie tritt gegenwärtig in eine entscheidende und auch kritische Phase, weil es darum geht, über eine dem erarbeiteten Inhalt und Konzept gerecht werdende Örtlichkeit zu befinden.

Ein wissenschaftlichen Beirat, die Abteilung städtische Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Hannover und der über 50 Initiativen, Arbeitskreise und Einzelpersonen repräsentierende Verein Netzwerk haben seit einem Workshop im Jahr 2013 in intensiver Arbeit bis heute ein schlüssiges Konzept erstellt. Dessen Kern sagt aus:

Der Lernort für Erinnerung und Demokratie soll ein unverwechselbares Profil aus der Bündelung von historischer Darstellung, Lern- und Trainingseinheiten der Vermittlung erhalten, die jeweils einen eigenständigen Zugang zum Verhältnis von Gegenwart und lokaler Vergangenheit schaffen

Mit dem Lernort übernimmt die Landeshauptstadt Hannover gesellschaftliche Verantwortung: Das Wissen über die NS-Zeit in Hannover soll auf eine breite Grundlage gestellt, zeitgemäß vermittelt und damit die Aufarbeitung als Daueraufgabe von Stadt- und Zivilgesellschaft verankert werden.

Unter dem Leitthema: MITMACHEN ODER WIDERSTEHEN? BLEIBEN ODER GEHEN? soll der Wandel der hannoverschen Stadtgesellschaft im Anfang des 20. Jahrhundert zur Volksgemeinschaft im Nationalsozialismus nachgezeichnet werden.

Dieser Ansatz kann die Vielzahl der Einzelaspekte totalitärer Herrschaft nach 1933 bündeln und dabei die Facetten und Möglichkeiten menschlichen Handelns in Zeiten von Diktatur, Verfolgung und auch Widerstand darstellen. Mit diesem besonderen Anspruch einer Darstellung von Stadtgeschichte vor, in und nach den Jahren der

nationalsozialistischen Herrschaft setzt sich Hannover im Vergleich mit anderen bundesweiten Einrichtungen inhaltlich ab und profiliert sich mit einer neuen gesellschafts- und kulturgeschichtlichen Betrachtungsweise.

Damit ein Lernort Wirkung entfalten kann, muss er über ein unverwechselbares Profil verfügen. Dieses Profil gewinnt er erst dann an Bedeutung, wenn es vielfältige, authentische historische Bezüge gibt. Er sollte das Spezifische der Situation in Hannover zwischen 1933 und 1945 mit der Gesamtgeschichte des Nationalsozialismus verbinden können.

Einen solchen Standort gibt es in der Landeshauptstadt nach Auffassung des Beirats und des Vereins Netzwerk: Im und um den Maschpark herum, beispielsweise am Nordufer des Maschsees neben dem Ehrenfriedhof der ermordeten Russischen Zwangsarbeiter oder in der Nähe des Neuen Rathauses mit einem sichtbaren Alleinstellungsmerkmal. Das Problem des Mitmachens und der bereitwilligen Unterstützung, die das NS-Regime durch breite Teile der deutschen Bevölkerung erfuhr, wird damit als Problem der deutschen Gesellschaftsgeschichte der 1930er und 1940er Jahre in den Fokus gerückt. Dass auch andere Orte diesem Anspruch gerecht werden könnten, wird damit nicht in Abrede gestellt.

Der herangereifte Beschluss über Standort und Gebäude zur Verwirklichung eines solchen Dokumentations- und Lernorts, wird von Teilen der Öffentlichkeit und an einem Scheitern des Projekts interessierten Kreisen aus Politik und Gedenkkultur prinzipiell in Frage gestellt. Dabei wird ein lang gehegter doch entkräfteter Vorwurf, man würde aus kleinlich regionalpolitischen Interessen eine Konkurrenz zur Gedenkstätte Ahlem bilden wollen, neu belebt. Solch eine Haltung diskreditiert einerseits die Arbeit der Gedenkstätte Ahlem, weil sie ihr mehr aufbürden will, als sie konzeptionell zu leisten imstande ist. Diskreditiert wird auf der anderen Seite auch die gesellschaftliche Aufgabe, sich mit der ganzen Totalität des nationalsozialistischen Herrschaftssystems auseinanderzusetzen.

Beide Orte des Erinnerns an NS Geschichte würden sich ergänzen, denn sie bilden jeweils andere Aspekte des Lernens aus der Gesellschaften zerstörenden und Völker vernichtenden Gewalt der nationalsozialistischen Ära ab. In einer Zeit anschwellender nationalistischer, völkischer fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Stimmungen und Taten sollten die Anstrengungen um das intensive Lernen aus der Geschichte gestärkt und nicht zersplittert werden.

Wir fordern alle an der Debatte sich Beteiligten auf, sich auf die gemeinsame Aufgabe der nie endenden Aufarbeitung von Vergangenheit zu konzentrieren und dabei schwer nachvollziehbare Status- oder Reputationsneigungen zu unterlassen.

Hannover, 2. März 2017; der Vorstand